

Lfd. Nr.		Aus-schuss	E=Erträge A=Aufw.	PG	Produkt/Auftrag Kosten-stelle	Sachkonto	Bud-get	Text	Entwurf 2016 EUR	Verwaltungs-vorschlag 2016 EUR	Veränderungen EUR	Anlage / Antrag Nr.	Antrag beschl./abgeL/erl. durch/am	FWV	CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	DIE LINKE	Sonstige Antragst.	Antragsteller/ Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
Erhöhungs- oder Minderungsbetrag gegenüber Spalte 9 Entwurfsplanung																					
1	JBA	A	2150	K215002	42910000	24	TH 24 Schulen und Bildung Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	182.000	176.000	-6.000											Verwaltung: Ansatzkorrektur
2	JBA	E				20	TH 20 Jugend Erstattung Personalaufwand Flüchtlinge (unbegleitete minderjährige Ausländer)	0	88.350	88.350			JBA 23.11. Konsens								Verwaltung: Für die Kosten, die durch die Betreuung in Gastfamilien entstehen, gewährt das Land teilweise eine Erstattung. Siehe Ziffer 3.
3	JBA	A				20	TH 20 Jugend Personalaufwand Flüchtlinge (unbegleitete minderjährige Ausländer)	71.800	454.650	382.850			JBA 23.11. Konsens								Verwaltung: Anpassung des Personalbedarfs am Aufkommen der Flüchtlinge (u.a. unbegleitete minderjährige Ausländer). Die Kosten werden <b>entsprechend Ziffer 2</b> durch das Land erstattet.
4	JBA	A	2810	P2810020	43180420	24	TH 24 Schulen und Bildung Zuweisung an Träger Erwachsenenbildung	94.000	103.000	9.000		FWV 6/1 SPD 8/2 FDP 10/3	JBA 23.11. Der Verwaltungsvorschlag wird einstimmig angenommen.	10.000							FWV: Erhöhung für 2016 und Dynamisierung analog Tarifabschlüsse öffentlicher Dienst SPD: angemessene Erhöhung der Zuschüsse FDP: angemessene Erhöhung der Zuschüsse Verwaltung: siehe KT-Drucksache Nr. 219/2015 Sperrvermerk. Vorlage für einen Einzelbeschluss, bis die Beteiligungsquote der Partner geklärt ist.
5	JBA	A			43180430	24	TH 24 Schulen und Bildung Zuschuss Blasmusikverband	3.300	4.500	1.200		FWV 6/2 SPD 8/4 FDP 10/3	JBA 23.11. Anträge der Fraktionen werden mehrheitlich unterstützt	1.200		1.200		1.200			FWV: Erhöhung jährlicher Zuschuss SPD: Erhöhung jährlicher Zuschuss FDP: Erhöhung jährlicher Zuschuss Verwaltung: siehe KT-Drucksache Nr. 213/2015
6	SGA	E	1124	73003000	38110000	13	TH 13 Ertrag aus intern. Leistungsverrechnung (kalk.Miete)	2.920.200	5.520.200	2.600.000											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
7	SGA	A	3140	P31400101	48110000	23	TH 23 Aufwand aus intern. Leistungsverrechnung (kalk. Miete)	2.920.200	5.520.200	2.600.000											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
8	SGA	E	1124	72243201	34110020	13	TH 13 Turnhallennutzung	7.800	0	-7.800											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
9	SGA	E	1124	72243401	34110020	13	TH 13 Turnhallennutzung	19.100	0	-19.100											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
10	SGA	A	3140	P31400101	42310000	23	TH 23 Mieten und Pachten	3.743.900	7.153.900	3.410.000											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung und Anmietung externer Gebäude für Dienststellen LRA.
11	SGA	A	3140	P31400101	42410010	23	TH 23 Strom	569.000	1.076.500	507.500											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
12	SGA	A	3140	P31400101	42410020	23	TH 23 Gas	459.000	870.000	411.000											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
13	SGA	A	3140	P31400101	42410030	23	TH 23 Heizöl	67.500	127.700	60.200											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
14	SGA	A	3140	P31400101	42410040	23	TH 23 sonstige Energien	152.000	287.500	135.500											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
15	SGA	A	3140	P31400101	42420000	23	TH 23 Aufwand für Wasserversorgung	498.700	943.500	444.800											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
16	SGA	A	3140	P31400101	42440000	23	TH 23 Aufwand für Abwasserbeseitigung	415.200	807.000	391.800											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
17	SGA	A	3140	P31400101	42430000	23	TH 23 Aufwand für Abfallbeseitigungen	350.500	641.500	291.000											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
18	SGA	A	3140	P31400101	42460000	23	TH 23 Aufwand für gebäudebezog. Versicherungen	74.800	115.000	40.200											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
19	SGA	A	3140	P31400101	42470000	23	TH 23 Aufwand für gebäudebezogene Steuern	20.600	30.000	9.400											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
20	SGA	A	3140	P31400101	42490000	23	TH 23 Sonst. Bewirtsch. Grundst. u. baul. Anlagen	1.604.000	2.604.000	1.000.000											Verwaltung: Anpassung aktueller Stand Flüchtlingsunterbringung
21	SGA	E	3140	P31400101	34810000	23	TH 23 Erträge aus Kostenerstattung Land	19.881.500	26.582.900	6.701.400											Verwaltung: Da die Übernahme der Kosten für die vorläufige Unterbringung vom Land verbindlich zugesagt worden ist, entspricht die Erhöhung der Erträge ( 6,70 Mio. Euro) den Mehrausgaben unter den laufenden Nr. 10 bis 20.
22	SGA	E	3120	P3120	3xxxxxxx	SB	THSB Flüchtlingsbedingter Mehrertrag SGB II	14.489.500	14.923.500	434.000											Verwaltung: Aufgrund der stark steigenden Flüchtlingszahlen steigt auch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften stärker als dies bisher für 2016 kalkuliert wurde. Nach der Prognose der BfA im November 2015, muss für 2016 mit einer Steigerung der Bedarfsgemeinschaften von 6.766 auf rund 7.000 ausgegangen werden. Dies führt im Saldo zu einem Mehraufwand für den Kreishaushalt in Höhe von 742.000 EUR.
23	SGA	A	3120	P3120	4xxxxxxx	SB	THSB Flüchtlingsbedingter Mehraufwand SGB II	34.080.000	35.256.000	1.176.000											
24	SGA	A				21	Verein GIB CHANCE e.V./ Gebärdensprache	0	9.000	9.000		FWV 6/10 SPD 8/11 DIE LINKE 11/4 FDP	SGA 23.11. Der Verwaltungsvorschlag wird einstimmig angenommen.	9.000					9000 p.a.		FWV: einmaliger Zuschuss an Verein GIB CHANCE e.V. zur Einrichtung einer Dozentenstelle für Gebärdensprache SPD: Prüfung der anteiligen Finanzierung eines Gebärdensprachdozenten FDP: Prüfung, wer für die Ausbildung/ Fortbildung von Gebärdendolmetschern zuständig ist DIE LINKE: Mitfinanzierung einer Dozentenstelle für deutsche Gebärdensprache in Höhe von 9000 Euro pro Jahr Verwaltung: siehe KT-Drucksache Nr. 212/2015. Vorschlag Verwaltung: 9000 EUR werden mit einem Sperrvermerk in den Entwurf 2016 aufgenommen.
25	SGA	A	3180	P318002	431805xx	21	Sozialticket ggf. haushaltsneutral	0	0	0		SPD 8/3	SGA 23.11. Es besteht Konsens mit dem Verwaltungsvorschlag								SPD: Sozialticket ggf. haushaltsneutral Verwaltung: Der Bericht wurde schon bei den Haushaltsberatungen 2015 (SGA am 24.11.2014) für Juni 2016 in Aussicht gestellt. Zwischenzeitlich haben wir die Zusage der Stadt Stuttgart, dass diese in der SGA-Sitzung am 22.02.2016 Bericht erstattet.

Lfd. Nr.	Aus-schuss	E=Erträge A=Aufw.	PG	Produkt/Auftrag Kosten- stelle	Sachkonto	Bud- get	Text	Entwurf 2016 EUR	Verwaltungs- vorschlag 2016 EUR	Veränderungen EUR	Anlage / Antrag Nr.	Antrag beschl./abgel./erl. durch/am	FWV	CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	DIE LINKE	Sonstige Antragst.	Antragsteller/ Bemerkungen	
																					1
26	SGA	A					Verstetigung Kommunaler Ehrenamtstag	0	0	0	Die Grünen 9/1 DIE LINKE 11/2	SGA 23.11. Sachverhalt soll weiterverfolgt werden, jedoch nicht mit oberster Priorität (LRA vs. Gemeinden)									Bündnis 90/Die Grünen: Verstetigung des Ehrenamtsstags 1. in jedem 3. Quartal des Jahres 2. als Veranstaltungsplattform 3. Inhalte durch Ehrenamtskordinatorin erarbeitet. DIE LINKE: ein bis zwei Veranstaltungen in 2016 angelehnt an den Ehrenamtstag am 24.10.15
27	SGA	A				33	Personalaufwand Sozialberatung Prostituierte	0	0	0	DIE LINKE	SGA 23.11. Es besteht Konsens mit dem Verwaltungsvorschlag						29.650			DIE LINKE: Schaffung einer halben Stelle für die Sozialberatung von Prostituierten Verwaltung: Zurückstellen bis das Gesetz zum Schutz von Prostituierten verabschiedet wird.
28	SGA	E				33	Erstattung Land Personalaufwand Hygienekontrolleur	30.100	60.200	30.100		SGA 23.11. Es besteht Konsens mit dem Verwaltungsvorschlag									Verwaltung: Das Land hat im Bereich der Hygienekontrolle dem Landkreis zusätzlich eine 50 Prozentstelle einschließlich Kostenerstattung zugestanden. (Ziffer 29) Siehe auch "Anlage zur Synopse Ergänzung neue Stellen 2016"
29	SGA	A				33	Personalaufwand Hygienekontrolleur	30.100	60.200	30.100		SGA 23.11. Es besteht Konsens mit dem Verwaltungsvorschlag									Verwaltung: Der Hygienekontrolleur wird um eine weitere halbe Stelle aufgestockt. Die Kosten werden durch das Land erstattet. Siehe auch "Anlage zur Synopse Ergänzung neue Stellen 2016"
30	SGA	A				23	Personalaufwand Flüchtlinge Wegfall KW-Vermerk	0	0	0	Die Grünen 9/6	SGA 23.11. Der Vorschlag der Verwaltung wird akzeptiert, den Wegfall des KW-Vermerks von der zukünftigen Entwicklung abhängig zu machen und bei entsprechendem Bedarf das Thema nochmals im Fachausschuss aufzugreifen.				Wegfall KW-Vermerk					Bündnis 90/Die Grünen: Wegfall des KW-Vermerks bei mindestens einem Drittel der im Stellenplan für die Sozialbetreuung der Flüchtlinge aufgeführten Stellen
31	SGA	E				23	Erstattung Land Personalaufwand Flüchtlinge	2.336.000	2.996.955	660.955		SGA 23.11. Es besteht Konsens mit dem Verwaltungsvorschlag									Verwaltung: Gegenfinanzierung Land des erhöhten Personalbedarfs in Bereich der vorläufigen Flüchtlingsunterbringung aus Ziffer 33-35. Siehe auch "Anlage zur Synopse Ergänzung neue Stellen 2016"
32	SGA	A				23	Personalaufwand Flüchtlinge Rückkehrberatung abgelehnter Asylbewerber	0	0	0	DIE LINKE 11/2	SGA 23.11. Es besteht Konsens mit dem Verwaltungsvorschlag						68.200			DIE LINKE: Schaffung einer zusätzlichen Stelle für die Rückkehrberatung abgelehnter Asylbewerber Verwaltung: Generell wird jetzt schon eine Rückkehrberatung praktiziert. Die dafür benötigten Personalkapazitäten werden aus den vorhandenen Ressourcen abgedeckt.
33	SGA	A				23	Personalaufwand Flüchtlinge Sprachkoordination und Flüchtlingsbeauftragte	0	37.250	37.250	DIE LINKE 11/2	SGA 23.11. Es besteht Konsens mit dem Verwaltungsvorschlag						37.250			DIE LINKE: Schaffung einer Stelle für die Sprachkoordination und als Flüchtlingsbeauftragte Verwaltung: Die Kosten für Sprach- und Flüchtlingskoordinator sind in voller Höhe vom Landkreis zu tragen. Siehe auch "Anlage zur Synopse Ergänzung neue Stellen 2016"
34	SGA	A				23	Personalaufwand Flüchtlinge 2. Fachkraft Koordination ehrenamtliches Engagement	0	74.500	74.500	Die Grünen 9/2 DIE LINKE 11/2	SGA 23.11. Es besteht Konsens mit dem Verwaltungsvorschlag				74.500		74.500			Bündnis 90/Die Grünen: Einstellung einer 2. Fachkraft für die Koordination des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe und Prüfung, ob Fördermittel des Landes für Finanzierung möglich sind und deren Beantragung. DIE LINKE: mindestens eine zusätzliche Stelle für die Ehrenamtskoordination der Asylarbeitskreise und für die Integration Verwaltung: Die Kosten werden über das Land in Höhe von 40.000 EUR erstattet. Gegenfinanzierung in Ziffer 31 enthalten. Siehe auch "Anlage zur Synopse Ergänzung neue Stellen 2016"
35	SGA	A				23	Personalaufwand Flüchtlinge	2.336.000	2.956.955	620.955		SGA 23.11. Es besteht Konsens mit dem Verwaltungsvorschlag									Verwaltung: Anpassung des Personalbedarfs am Aufkommen der Flüchtlinge. Es wird davon ausgegangen, dass die Kosten im Zuge der Spitzabrechnung mit dem Land erstattet werden. Gegenfinanzierung in Ziffer 31 enthalten. Siehe auch "Anlage zur Synopse Ergänzung neue Stellen 2016"
36	UVA	A			431804xx	31	TH 31 Zuschuss an Kreisjägereivereinigung "Wildwarreflektoren"	0	0	0	SPD 8/5 FDP 10/2				10.000		10.000				SPD: einmaliger Zuschuss an Kreisjägereivereinigung für die Anbringung von Wildwarreflektoren FDP: einmaliger Zuschuss an Kreisjägereivereinigung für die Anbringung von Wildwarreflektoren Verwaltung: Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Verringerung von Wildschadensfällen spricht sich die Verwaltung für den Antrag aus. Die Erfahrungen im Landkreis Rottweil bei dort angebrachten Wild-Warn-Reflektoren sind äußerst positiv. Der Zuschuss wird aus laufenden Mitteln erfolgen
37	UVA	A	5470	KST 30025102	44520040	30	TH 30 ÖPNV Verkehrslastenausgleich	2.475.000	2.390.000	-85.000											Verwaltung: Nachtrag zum ÖPNV-Vertrag vom 01.01.2015 aufgrund vertraglich vereinbarter Überprüfung der Berechnungsgrundlage (siehe KT-Drucks. Nr. 170/2015). Nach Abschluss der Verhandlungen ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 85.000 EUR
38	UVA	A	5470	KST 30025102	44530010	30	TH 30 ÖPNV Betriebskostenumlage VRS	6.328.000	6.304.000	-24.000											Verwaltung: Nochmalige Anpassung an VRS HH-Entwurf 2016, Minderaufwendungen 24.000 EUR. (vorbehaltlich Beschluss des VRS HH 2016)
39	UVA	A	5470	KST 30025102	44530030	30	TH 30 ÖPNV Zuschüsse ÖPNV-Maßnahmen	4.321.908	4.382.000	60.092											Verwaltung: Anpassung an VRS HH-Entwurf 2016 bei dem direkt zu finanzierenden Anteil des Landkreises Böblingen für Busverkehre Verbundstufe II, Mehraufwendungen 60.000 EUR. (vorbehaltlich Beschluss des VRS HH 2016)
40	UVA	A	5110	730025001200			Hermann-Hesse-Bahn	50.000	50.000	0	FWV 6/6				-30.000						FWV: nur anteilige Kostenübernahme für die vorbereitende Untersuchung der S-Bahn-Verlängerung
41	UVA	A				84	Radweg Perouse-Malmsheim Aufwandssaldo 150 TEUR (Ertrag 150 TEUR/Aufwand 300 TEUR)	150.000	150.000	0	FWV 6/8			0							FWV: Darstellung alternativer Radwegbau
42	VFA	A	1260	P126005	44xx	85	TH 85 Personalkosten Integrierte Leitstelle	369.740	369.740	0											Verwaltung: Stadt Böblingen: Antrag Hr. OB Lütznert vom 19.08.15: der Landkreis soll die notwendigen Personalstellen der Integrierte Leitstelle übernehmen, da diese in den Aufgabenbereich des Landkreises fallen.
43	VFA	A	1221	P122105	42731000	32	TH 32 Aufwendungen für Dienstleistungen	5.500	8.000	2.500											Verwaltung: Ansatzkorrektur
44	VFA	A	1221	P122105	45930000	32	TH 32 Aufwand Geldverkehr	0	4.000	4.000											Verwaltung: Ansatzkorrektur
45	VFA	A	3177	P3130/3140		23	TH 23 LEA	0	150.000	150.000											Verwaltung: Förderbetrag des Landkreises zur LEA-Koordination der Stadt Herrenberg
46	VFA	A	2521	P2521		14	TH 14 Aufarbeitung der Geschichte des Flüchtlingslagers Jettingen durch Externen (mittels Werkvertrag)	0	25.000	25.000											Verwaltung: Erstmaliger Ansatz (inkl. Druckkosten u.a.). Die geschichtliche Aufarbeitung des Lagers in Unterjettingen wird befürwortet. Die hauseigene Archivarin ist mit anderen Projekten ausgelastet. Eine externe Unterstützung ist notwendig, um das Projekt zeitnah bearbeiten zu können.
47	VFA	A	1124			13	Sanierung Sitzungssaal	0	0	0	FWV 6/11 CDU 7/2										FWV: Keine Übertragung der Mittel. Früheste Neuveranschlagung 2017 CDU: Die Maßnahme kann in den Jahren 2016 und 2017 nicht angegangen werden. Deshalb keine Übertragung der Mittel.
48	VFA	A	1124	701616001200		13	Erweiterung LRA Bürgerhaus	100.000	0	-100.000	FWV 6/12				-100.000						FWV: der Betrag für die Planung Landratsamtsvergrößerung/Bürgerhaus ist nach 2017 zu verschieben Verwaltung: Der Ansatz 2016 wird gestrichen und 2017 neu veranschlagt.

Lfd. Nr.	Aus-schuss	E=Erträge A=Aufw.	PG	Produkt/Auftrag Kosten-stelle	Sachkonto	Bud-get	Text	Verwaltungs-vorschlag		Veränderungen	Anlage / Antrag Nr.	Antrag beschl./abgel./ert. durch/am	FWV	CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	DIE LINKE	Sonstige Antragst.	Antragsteller/ Bemerkungen
								2016 EUR	2016 EUR											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
49	VFA	A	4110	P411001	44550000	FB	THFB Erstattungen an Verbundene Unternehmen (Kreiskliniken)	15.991.000	16.878.000	887.000										Verwaltung: In den bisherigen Wirtschaftsplänen der Kreiskliniken Böblingen gGmbH wurde für das Jahr 2016 ein geplanter Betriebsverlust (basierend auf einer Steigerung des Landesbasis-fallwerts von ca. 2,1 %) in Höhe von rund 16,0 Mio. EUR angenommen. Zwischenzeitlich rechnet die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft mit einer Steigerung des Landesbasisfallwerts in Höhe von lediglich 1,6 %. Dies hat zur Folge, dass der überarbeitete Entwurf des Wirtschaftsplans nun von einem Gesamtdefizit von 16,9 Mio. EUR in 2016 und 17,2 Mio. EUR in 2017 ausgeht. Dies ist im Haushaltsplanentwurf 2016 noch nicht berücksichtigt worden.
50	VFA	E				EB Gebäudewirtschaft	1. + 2. vorauss. Miete u. Sanierungsmaßnahmen für Vermessungsamt 3. Überschuss aus Erlös Pflegeheim Leonberg als Ertrag für Kernhaushalt u. Zuführung an EB Klinikgebäude als Rücklage f. Klinikneubau			0	FWV 6/14 +17									FWV: 1. Höhe der Miete für das Vermessungsamt berechnen 2. Sanierungsmaßnahmen im Vermessungsamt berechnen 3. Verkaufserlös Altenpflegeheim Leonberg als Ertrag im Finanzhaushalt u. Zuführung an EB Klinikgebäude als Rücklage für den Klinikneubau Verwaltung: Bereits im Juli 2015 wurde ein Gutachten zur Feststellung des aktuellen Verkehrswertes des Seniorenzentrums „Am Parksee“ bei einem selbständigen Gutachter beauftragt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass nicht unter dem festgestellten Wert verkauft wird. Erst wenn der konkrete Verkehrswert feststeht, kann vom Betriebsausschuss des Eigenbetriebs über den Verkauf und die über die Verwendung des Verkaufserlöses (nach Abzug von Steuern) entschieden werden. Über die Höhe der vom Landkreis an den EB zu erstattende Miete für das vom EB zum Kauf vorgesehene Staatliche Vermessungsamt in der Parkstrasse in Böblingen kann erst entschieden werden, wenn feststeht, zu welchem Preis der EB das Gebäude erwerben wird und welche Sanierungsaufwendungen anfallen. Als Grundlage für die Vertragsverhandlungen mit dem Land Baden-Württemberg soll noch ein Gutachten zur Feststellung des Verkehrswertes beauftragt werden.
51	VFA	A				84	TH 84 Regionalentwicklung Pauschale Kürzung	-1.554.536	-1.554.536	0	FWV 6/7			-100.000						FWV: pauschale Kürzung des Budgets 84/Regionalentwicklung Verwaltung: siehe Stellungnahme der Regionalentwicklung an die Fraktionsvorsitzenden: bei dem geplanten Aufgabenumfang ist keine Möglichkeit zur Einsparung von 100.000 Euro gegeben. Zum jetzigen Zeitpunkt kann noch nicht genau geplant werden, wie hoch die Kosten für den Abbau der Skulpturenausstellung im Sommer 2016 sein werden. Die Personalaufwendungen sind gegenüber 2015 um ca. 46.000 Euro zurückgegangen.
52	VFA	A	1124	701116004200		13	TH 13 Gebäudewirtschaft Modernisierung der Kantine	1.375.000	1.375.000	0	FWV 6/11 CDU 7/2			-700.000						FWV: Modernisierung Kantine auf 2017 verschieben CDU: Ermächtigungsübertragung f. Modernisierung Sitzungssaal nicht bilden Verwaltung: Beschluss Modernisierung siehe KT-Drucks. 036/2015 vom 18.05.2015. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Planung für den ersten Abschnitt (2015) abzuschließen und die Ausschreibungen und Vergaben vorzubereiten, sowie die Planung für den zweiten Abschnitt (2016) fortzuführen und die notwendigen Haushaltsmittel einzuplanen.
53	VFA	A			42731000	13	TH 13 Gebäudewirtschaft Verzicht auf Fortführung Energy Award	16.000	16.000	0	FWV 6/15			-16.000						FWV: Verzicht auf Fortführung Energy Award wg. laufender Dokumentationsaufwendungen
54	VFA	A	5750	757500000200			TH 84 Sperrvermerk für Zuschuss "Aussichtsturm im Naturpark Schönbuch"	170.000	170.000	0	SPD 8/6				Sperrvermerk					SPD: Anbringung eines Sperrvermerks für den Zuschuss "Aussichtsturm Naturpark Schönbuch"
55	VFA	E/A				13	TH 13 Gebäudewirtschaft Personalaufwand für Flüchtlinge Beschaffung und Betreuung der Unterkünfte	0	142.800	0										Verwaltung: Die Akquise der notwendigen Unterkünfte kann mit den vorhandenen Personalressourcen des Amtes für Gebäudewirtschaft nicht mehr bewerkstelligt werden. Eine Erstattung durch das Land wird, Stand heute, durch die interne Leistungsverrechnung dieser Kosten in den TH 23 Migration und Flüchtlinge über die Spitzabrechnung erfolgen.
56	VFA	E/A				12	TH 12 Personal Personalaufwand für Flüchtlinge Abwicklung der zusätzlichen Personalfälle	0	107.200	0										Verwaltung: Die Mitarbeitergewinnung für die Flüchtlingsunterbringung ist mit zeitaufwendigen Auswahlverfahren verbunden. Eine Erstattung durch das Land wird, Stand heute, durch die interne Leistungsverrechnung dieser Kosten in den TH 23 Migration und Flüchtlinge über die Spitzabrechnung erfolgen.
57	VFA	E/A				14	TH 14 IUK und Service Personalaufwand für Flüchtlinge Abwicklung des zusätzlichen IUK-Aufwandes	0	136.300	0										Verwaltung: Eine Erstattung durch das Land wird, Stand heute, durch die interne Leistungsverrechnung dieser Kosten in den TH 23 Migration und Flüchtlinge über die Spitzabrechnung erfolgen.
58	VFA	E/A				30	TH 30 ÖPNV Personalaufwand Elektrifizierung und Ausbau der Schönbuchbahn	0	74.500	59.600										Verwaltung: Projektbedingter Personalmehraufwand aufgrund Fahrzeuganschaffung und Elektrifizierung. Durch die Umlagefinanzierung wird der Landkreis mit 80% der Personalkosten belastet.
59	VFA	E	6110	P6110	31110000	FB	TH FB Schlüsselzuweisungen vom Land § 8 FAG	30.524.600	31.855.500	1.330.900	FWV HH-Plan 2016 / FAG			-1.330.900						FWV: Die Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen / geringere Anzahl an Bedarfsgemeinschaften Jobcenter sollen nicht für den Haushaltsausgleich verwendet werden, sondern als zusätzliche Baurücklage für das Klinikprojekt. Verwaltung: Ansatzkorrektur: Auswirkung der Novembersteuerschätzung 2015: Erhöhung des Kopfbetrages von 628 auf 633 EUR je gewichtetem Einwohner. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften sinkt in 2016 nicht. Aufgrund der stark steigenden Flüchtlingszahlen steigt auch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften stärker als dies bisher für 2016 kalkuliert wurde. Nach der Prognose der BfA im November 2015, muss für 2016 mit einer Steigerung der Bedarfsgemeinschaften von 6.766 auf rund 7.000 ausgegangen werden. Dies führt im Saldo zu einem Mehraufwand für den Kreishaushalt in Höhe von 742.000 EUR. Siehe Ziffern: 22 und 23. Darüberhinaus führt der geringere Anstieg des Landesbasisfallwertes zu einem um 887.000 EUR höheren zu erwartenden Defizit bei den Kreiskliniken im Wirtschaftsjahr 2016. Der Mehrertrag aus den Schlüsselzuweisungen reicht nicht aus, um die Verschlechterung von insgesamt 1,63 Mio. EUR zu kompensieren. Aus Sicht der Verwaltung ist die Zweckbindung des Mehrertrags der Schlüsselzuweisungen daher nicht möglich.
60	VFA	E	6110		31820000	FB	THFB Kreisumlage der Gemeinden	196.044.100	196.044.100	0	FWV 6/17 CDU 7/1 SPD 8/1 Die Grünen 9/8 Die LINKE			-3.640.100	-3.640.100	-3.640.100	-3.640.100	Ver-waltungs-vorschlag	2.600.000	FWV: 1. Senkung Kreisumlage auf 37,0 Prozentpunkte u. Zuführung eines Überschusses an EB Klinikgebäude (Finanzierung FWV 6/1-16) 2. Überschuss aus Erlös Verkauf Altenpflegeheim an EB Klinikgebäude (siehe FWV 6/14) CDU: 1. Senkung Kreisumlage auf 37,0 Prozentpunkte (Finanzierung Grunderwerbsteuer, gutes Re-Ergebnis 2015, keine Ermächtigungsübertragung für 1,3 Mio. EUR Sitzungssaal) SPD: Senkung Kreisumlage auf 37,0 Prozentpunkte Bündnis 90/Die Grünen: Senkung Kreisumlage auf 37,0 Prozentpunkte DIE LINKE: Erhöhung der Kreisumlage auf 38,2 Prozentpunkte Verwaltung: Sollte der Kreisumlagebesatz auf 37,0 v. H. abgesenkt werden, könnte zur Deckung des Minderertrags zunächst die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen aus der Novembersteuerschätzung verwendet werden. Sollten die Deckungsvorschläge nicht ausreichen, wird als weiterer Schritt die Erhöhung des Grunderwerbsteueransatzes geprüft.

Lfd. Nr.	Zuständiger Ausschuss	Antragsteller	Zust. Dez./ Amt	Antrag	Verfahrensvorschlag der Verwaltung	Entscheidung zum Verfahrensvorschlag der Verwaltung
1	VFA	FWV Anl. 6/13	Dez. 1 / 11 / 13	FWV: Darstellung im Maßnahmenplan mit Gesamtausgabebetrag pro Projekt u. welche Projekte noch nicht erledigt sind bzw. welche Übertragungen zu erwarten sind	wird zugesagt. 2. Quartal 2016	
2	VFA	FWV Anl. 6/16	L / Zentralstelle	FWV: detaillierter Bericht zur Organisation der Zentralstelle vorlegen, der die Personal- und Aufgabenentwicklung darstellt	Schriftliche Stellungnahme bis zum 4. Quartal 2015 wird zugesagt.	
3	VFA	SPD Anl. 8/7	Dez.1 / 10	Projekttafelplan mit regelmäßig zu aktualisierendem, ab Baubeschluss fixem Zeit-, Kosten- und Finanzierungsplan für das Zentralklinikum und die Häuser Herrenberg u. Leonberg	Eine regelmäßige Vorlage im zuständigen Ausschuss wird zugesagt.	
4	VFA	DIE LINKE 11/3	Dez.1 / 10 + 11	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der anstehenden Investitionen in die Krankenhäuser auf den Kreishaushalt darzustellen. Die Darstellung sollte mindestens noch das Jahr 2022 umfassen.</li> <li>2. Die Finanzierung des möglichen Neubaus eines Krankenhauses auf dem Flugfeld nach dem Ausstieg der Stadt Sindelfingen und der Entscheidung des Landeskrankenhausausschusses ist aufzuzeigen.</li> <li>3. Um die Bürgerinnen und Bürger insgesamt mitzunehmen, muss jetzt deutlich mehr Transparenz geschaffen werden bezüglich des Krankenhausneubaus auf dem Flugfeld - mindestens in Form von Informationsveranstaltungen.</li> </ol>	<p>In der Mittelfristigen Finanzplanung sind die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen im 5 Jahreszeitraum dargestellt. Eine regelmäßige Vorlage (siehe Ziffer 3) wird zugesagt.</p> <p>Die Zentralstelle hat sich mit dem Thema Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung auseinandergesetzt. Prof. Brettschneider als Kommunikationswissenschaftler wird auf Basis eines eintägigen Workshops ein Grundkonzept für die Öffentlichkeits-/Bürgerbeteiligung zum Bau Flugfeldklinik erstellen.</p> <p>Zeitplan: 13. Januar 2016 Workshop und 14. März 2016 Vorstellung Konzept im Kreistag.</p>	
5	VFA	Die Grünen 9/3	Dez. 1 / 10	Bericht über Kriterien "Fairtrade im Landkreis Böblingen" und Darstellung, wo und wie diese Kriterien umgesetzt werden und mit welchem Erfolg	Sachstandsbericht im zuständigen Fachausschuss wird zugesagt.	
6	VFA	DIE LINKE 11/1	Dez.1 / 10	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bei den Ausrichtungen von Veranstaltungen und Sitzungen des LRA werden für die Beschaffung von Kaffee, Tee, Säften, Kekse, Wein, usw. bewusst Produkte aus dem Fairen Handel oder regionale Produkte bevorzugt. Auch in den dem LRA unterstellten Kantinen, Schulen, Eigenbetrieben und sonstigen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften wirkt das LRA auf eine Fairtrade-Bewirtung hin.</li> <li>2. Der Landkreis bewirbt sich als "Fairtrade-Kreis" gemäß dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen bei den Beratungen zum Haushalt 2015 - Anlage 9/3 zu KT-Drucksache Nr. 111/2014.</li> <li>3. Um das Bewußtsein für den Fairen Handel zu stärken, soll das LRA eine gezielte Informationskampagne der Fairtrade-Produktpalette durchführen.</li> <li>4. Über die Umsetzung ist fortlaufend zu berichten.</li> </ol>	Sachstandsbericht im zuständigen Fachausschuss wird zugesagt. Siehe Ziffer 5.	
7	SGA	FWV Anl. 6/3	Dez. 2 / 23	<b>Konzeption für Beschäftigungsmaßnahmen</b> für Flüchtlinge in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und den Handwerkskammern bzw. der IHK und den Kommunen erarbeiten.	Vorlage nächste Sitzungsrunde	
8	SGA	FWV Anl. 6/4	Dez. 2 / 23	<b>FWV: Erarbeitung eines Verteilschlüssels und Zeitplans für die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge für 2016/2017</b>	Die Prognose 2016 wird den Kommunen mit Schreiben vom 12. November 2015 vorgelegt.	
9	SGA	FWV Anl. 6/5	Dez. 2 / 24	<b>FWV: Fortführung Bildungsregion mit Schwerpunkt Integration Flüchtlingskinder im allgemeinen Schulsystem</b>	Eine schriftliche Stellungnahme wird zugesagt.	
10	SGA	SPD Anl. 8/8	Dez. 1 / 12	<b>Bericht über die Anzahl der in der Landkreisverwaltung beschäftigten Menschen mit besonderem Hilfebedarf u. den Anstrengungen zur Steigerung der Quote</b>	Wird zugesagt.	
11	SGA	SPD Anl. 8/9	Dez. 2 / 21	<b>Fortführung des "Runden Tisches Sozialer Wohnungsbau" unter Einbeziehung aller mit dem Thema befassten Institutionen</b>	Beratung in der 1. Sitzungsrunde 2016	

Lfd. Nr.	Zuständiger Ausschuss	Antragsteller	Zust. Dez./ Amt	Antrag	Verfahrensvorschlag der Verwaltung	Entscheidung zum Verfahrensvorschlag der Verwaltung
12	SGA	Die Grünen 9/5	Dez 4	5-jähriger Wohnungsmarktbericht	Thema wird in nächster Sitzung "Runder Tisch Sozialer Wohnungsbau" (Ziffer 11) erörtert.	
13	SGA	SPD Anl. 8/10	Dez. 2+4/21+40	Überprüfung der Mietobergrenzen	Wird zum 1. Hj. 2016 zugesagt.	
14	SGA	DIE LINKE	Dez.2 / 21	Im Haushaltsplan 2016 soll durchgängig die Bezeichnung " <b>Menschen mit Behinderung</b> " verwendet werden statt der Bezeichnung "behinderte Menschen"	Wird zugesagt.	
15	SGA	DIE LINKE	Dez.3 / 33	Die Erfahrungen aus der Sozialberatung von Prostituierten der Stadt Stuttgart sollen im SGA vorgestellt werden	Wird zugesagt. Siehe Ziffer 27 Finanzanträge.	
16	JBA	CDU Anl. 7/4	Dez. 2/ 24	CDU: Bericht über Kosten der Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge	wird zugesagt. 2. Quartal 2016	
17	JBA	CDU Anl. 7/6	Dez. 2 /24	CDU: Bericht über die Kosten der Inklusion bei Betreuung, Umbauten, Schülerbeförderung etc. an den Kreisschulen	Wird zugesagt. 1.Quartal 2016	
18	JBA	Die Grünen 9/4	Dez. 2 / 24	Hochsetzung der Altersgrenze von 21 auf 25 Jahren an Berufsschulen für den Bereich VABO	Eine Stellungnahme wird zugesichert.	
19	UVA	FWV Anl. 6/9	L / Regionalentwicklung	FWV: Radverkehrskonzeption: Übersicht der bisher durchgeführten Maßnahmen mit Darstellung des kommunalen Anteils	wird zugesagt. 2. Quartal 2016	
20	UVA	CDU Anl. 7/3	Dez. 4/ 40	CDU: Dialog des Landkreises mit den Städten u. Gemeinden über die Ausweisung neuer Wohnbauflächen	Wird zugesagt. Eine Einladung der Bürgermeister zum Dialog erfolgt im 2. Quartal.	
21	UVA	CDU Anl. 7/5	Dez. 3 / 30	CDU: Bericht über Kosten und Zeitplan für die An- und Abienung des zusätzlichen Busverkehrs an die S-Bahnen	Wurde bereits mit KT-Drucks. Nr. 002/2015 beantwortet.	
22	UVA	CDU Anl. 7/7	Dez. 4/ 40	CDU: Auftrag zur Beteiligung am Ideenfindungsprozess " <b>Internationale Bauausstellung 2027</b> "	Bericht im Fachausschuss wird zugesagt.	
23	UVA	SPD Anl. 8/12	ZV Schönbuchbahn	Vorlage eines Zeitplanes zum Elektrofahrzeugverkehr auf der Schönbuchbahn bei Baubeschluss	Bericht wird zugesagt. Erörterung in der Verbandsversammlung Zweckverband Schönbuchbahn und UVA.	
24	UVA	Die Grünen 9/7	Dez. 1 / 14	Bericht über 1. die Prüfung, inwieweit Nutzfahrzeuge des Landkreises mit CRT-Rußfiltern und Denox-Katalysatoren ausgestattet sind 2. bei Fahrzeugen, die diese Ausrüstung nicht aufweisen, zu prüfen, inwieweit es möglich ist, diese Technologie nachzurüsten 3. bei Neuanschaffungen grundsätzlich eine Ausstattung mit der neuesten Filtertechnik zu wählen 4. gegebenenfalls auch Baumaschinen in diese Maßnahme einzubinden	Wird zugesagt. 3. Quartal 2016	